



STATUT

ELEKTRONISCHES TREUHANDBUCH der RECHTSANWALTSKAMMER NIEDERÖSTERREICH (eTHB 2019)

INHALTSVERZEICHNIS

Grundlagen	3
1. Gesetzliche Grundlagen.....	3
2. Umsetzung.....	3
3. Inhalt.....	3
4. Einfluss auf sonstige Verpflichtungen.....	3
Begriffe und Anwendungsbereich	3
5. Begriffe.....	3
5.1 "Rechtsanwalt".....	3
5.2 "Treuhanderschaft".....	4
5.3 "Treuhandlerlag".....	4
5.4 "Treugeber".....	4
5.5 "EIRAG".....	4
5.6 "Kreditinstitut".....	4
5.7 "TLDZ".....	4
6. Anwendungsbereich.....	4
6.1 Persönlicher Anwendungsbereich.....	4
6.2 Sachlicher Anwendungsbereich.....	5
6.3 Zeitlicher Geltungsbereich.....	6
6.4 Anwendungszwang.....	6
Rechte und Pflichten des Rechtsanwalts	6
7. Allgemeine Verpflichtungen.....	6
7.1 Eigenverantwortlichkeit.....	6
7.2 Form des Treuhandvertrages.....	6
7.3 Wirtschaftliche Beteiligung/Verflechtung des Rechtsanwalts.....	7
7.4 Belehrungsverpflichtung.....	7
7.5 Besonderes Entgelt.....	7
7.6 Verwendung von Formblättern.....	7
7.7 Einbeziehung weiterer Bedingungen.....	7
7.8 Elektronisches Treuhandbuch (eTHB).....	8
7.9 Aufbewahrungspflicht.....	8
8. Kontoführung.....	8



8.1 Treuhandkonto	8
8.2 Verfügungsbeschränkungen	9
8.3 Kontoverfügungsauftrag	9
8.4 Kontomitteilungen	9
9. Aufzeichnungs- und Meldepflichten	10
9.1 Treuhandverzeichnis	10
9.2 Erstmeldung	10
9.3 Änderungsmeldung	10
9.4 Abschlusserklärung	11
9.5 Berichtspflicht	11
9.6 Wegfall der Anknüpfungspunkte für den persönlichen Anwendungsbereich	11
10. Geheimnisschutz, datenschutzrechtliche Zustimmungen	11
10.1 Bankgeheimnis	11
10.2 Berufsgeheimnis	11
10.3 Datenschutzrechtliche Zustimmung zur elektronischen Kommunikation mit Treugebern	11
10.4 Sonstige Offenlegungspflichten	12
Die Treuhand-Einrichtung	12
11. Einrichtungen	12
11.1 Zuordnung	12
11.2 Aufbau	12
11.3 Die Revisionsbeauftragten	12
11.4 Gebühren	12
12. Verschwiegenheitsverpflichtung	12
13. Organisatorische Aufgaben	13
13.1 Anwaltliches Treuhandbuch	13
13.2 Bestätigungen	13
13.3 Nichtaufnahme in das anwaltliche Treuhandbuch	13
14. Kontrolle	13
14.1 Aufgaben	13
14.2 Duldungs- und Mitwirkungspflichten des Rechtsanwalts	14
Versicherung	14
15. Vertrauensschadenversicherung der Rechtsanwaltskammer	14
16. Versicherungsprämie	15
17. Informationspflichten der Rechtsanwaltskammer	15
18. Versicherungsleistungen	15
elektronisches Treuhandbuch – Ermächtigung und Beilagen, Inkrafttreten, Übergangsbestimmung	15
19. Vorschriften zum eTHB, Beilagen	15
20. Inkrafttreten	16
21. Übergangsbestimmung	16
Beilagenverzeichnis zum eTHB 2019	16

Erster Abschnitt Grundlagen

1. Gesetzliche Grundlagen

Nach § 23 Abs. 4 RAO hat die Rechtsanwaltskammer eine Treuhandinrichtung, die dem Schutz der Abwicklung von Treuhandschaften nach § 10a Abs. 2 RAO dient, zu errichten und zu führen sowie die Einhaltung der Pflichten der Rechtsanwälte nach § 10a RAO und nach den Richtlinien dieses Statuts zu überprüfen. Ferner hat die Rechtsanwaltskammer eine Versicherung zur Sicherung der Rechte der Treugeber am Treuhanderlag abzuschließen, deren Treuhandschaften über die von der Rechtsanwaltskammer zu führende Treuhandinrichtung abgewickelt werden.

2. Umsetzung

In Erfüllung dieser Verpflichtung wird von der Rechtsanwaltskammer dieses Statut erlassen. Weiters ist bei der Rechtsanwaltskammer die

”Treuhand-Revision der Rechtsanwaltskammer”

eingerrichtet.

3. Inhalt

Das vorliegende Statut regelt Einrichtung und Aufgaben der Treuhand-Einrichtung und Treuhand-Revision sowie die Rechte und Pflichten der diesem Statut unterliegenden Rechtsanwälte.

4. Einfluss auf sonstige Verpflichtungen

Durch dieses Statut werden die den Rechtsanwalt treffenden sonstigen gesetzlichen, vertraglichen oder standesrechtlichen Verpflichtungen weder aufgehoben noch eingeschränkt; dies gilt insbesondere für die Absprachen in der Treuhandvereinbarung

Zweiter Abschnitt Begriffe und Anwendungsbereich

5. Begriffe

Im Sinne dieses Statuts sind

5.1 ”Rechtsanwalt”

Ein zur Berufsausübung in der Republik Österreich berechtigter, in die Liste der Rechtsanwälte eingetragener Rechtsanwalt (§ 1 Abs 1 iVm §§ 5, 5a RAO) sowie ein Staatsangehöriger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der

entweder in Österreich in die Liste der niedergelassenen europäischen Rechtsanwälte eingetragen ist oder befugt ist, nach dem EIRAG, 2. Teil, in Österreich Dienstleistungen im Sinne des Art. 50 EGV zu erbringen. Dem Rechtsanwalt stehen gleich alle in die Liste der Rechtsanwalts-Gesellschaften eingetragenen Rechtsanwalts-Gesellschaften.

5.2 "Treuhandschaft"

Alle vom Rechtsanwalt vertraglich übernommenen entgeltlichen oder unentgeltlichen Aufträge, in deren Rahmen der Rechtsanwalt die Verpflichtung zur Verwahrung und späteren Ausfolgung eines bei ihm hinterlegten Geldbetrages für den Fall des Eintritts einer oder mehrerer Bedingungen an einen oder mehrere ihm als Begünstigte genannte Dritte übernimmt und/oder erfüllt. Der Ausfolgung an einen begünstigten Dritten steht die Ausfolgung an den oder einen der Treugeber gleich; der Hinterlegung eines Geldbetrages entspricht die Gutschrift auf einem Konto des Rechtsanwalts.

5.3 "Treuhanderlag"

Der beim Rechtsanwalt hinterlegte oder nach dem Treuhandvertrag zu hinterlegende Geldbetrag.

5.4 "Treugeber"

Der oder die Auftraggeber des Treuhandvertrages, jedenfalls die Parteien des der Treuhandschaft zugrundeliegenden Rechtsgeschäfts (Treugeber). Die drittfinanzierende Bank ist nicht Treugeber im Sinne des Statuts. Sonstige Begünstigte sind jene, die am Treuhandvertrag nicht teilnehmen, insbesondere das Finanzamt.

5.5 "EIRAG"

Bundesgesetz über den freien Dienstleistungsverkehr und die Niederlassung von europäischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sowie die Erbringung von Rechtsdienstleistungen durch international tätige Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Österreich (EIRAG), BGBl. I Nr. 27/2000, in der jeweils geltenden Fassung.

5.6 "Kreditinstitut"

Das Kreditinstitut, welches das Treuhandkonto führt und zur Ausübung der Bankgeschäfte in Österreich berechtigt ist.

5.7 "TLDZ"

Die „Teilnehmer-Direktzustellung“ (TLDZ) ist die direkte, gesicherte, signierte, papierlose Übermittlung von Schriftstücken via Elektronischem Rechtsverkehr (ERV) zwischen den ERV-Teilnehmern Rechtsanwaltskammer, Rechtsanwalt und Kreditinstitut.

6. Anwendungsbereich

6.1 Persönlicher Anwendungsbereich

Diesem Statut unterliegen

6.1.1 der in die Liste der Rechtsanwälte bei der Rechtsanwaltskammer eingetragene und zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft befugte Rechtsanwalt, und zwar auch dann, wenn sein

Kanzleisitz gleichzeitig auch die Adresse einer Zweigniederlassung darstellt;

6.1.2 die in die Liste der Rechtsanwalts-Gesellschaften bei der Rechtsanwaltskammer eingetragene und zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft befugte Rechtsanwalts-Gesellschaft;

6.1.3 der in die Liste der niedergelassenen europäischen Rechtsanwälte der Rechtsanwaltskammer eingetragene europäische Rechtsanwalt;

6.1.4 Rechtsanwälte oder Rechtsanwalts-Gesellschaften nach Punkt 6.1.1 bis 6.1.3 mit ihren Zweigniederlassungen im Sprengel einer anderen Rechtsanwaltskammer, es sei denn, die Treuhandschaft wird von einem Rechtsanwalt übernommen, der seinen Kanzleisitz an der Adresse der Zweigniederlassung hat oder die im Rahmen der Zweigniederlassung übernommene Treuhandschaft fällt unter das Statut einer anderen Rechtsanwaltskammer;

6.1.5 der im Sprengel der Rechtsanwaltskammer dienstleistende europäische Rechtsanwalt, vorausgesetzt, er unterhält eine Kanzleinrichtung im Sprengel der Rechtsanwaltskammer oder der Ort der Dienstleistungserbringung in Form der Übernahme der Treuhandschaft liegt im Sprengel der Rechtsanwaltskammer.

6.2 Sachlicher Anwendungsbereich

6.2.1 Dieses Statut ist sachlich auf alle Treuhandschaften im Sinne des Punktes 5.2, soweit sie nicht nach Punkt 6.2.2 ausgenommen sind, und auf alle Treuhandschaften, in deren Einbeziehung der Rechtsanwalt nach Punkt 6.2.3 optiert, anzuwenden. Dieses Statut ist auch dann anzuwenden, wenn für die Treuhandschaft eine Absicherung in einer Treuhandinrichtung der Rechtsanwaltskammer gesetzlich angeordnet ist (so beispielsweise gemäß § 12 Abs 3 Z 4 BTVG). Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, vertraglich übernommene Treuhandschaften im Sinne dieses Statuts abzuwickeln, soweit sie in dessen Anwendungsbereich fallen (Anwendungszwang) und kein Ausnahmetatbestand nach Punkt 6.2.2 vorliegt.

6.2.2 Ausgenommen sind

a) Treuhandschaften mit einem Treuhanderlag unter EUR 40.000,--, es sei denn, dass für die Treuhandschaft eine Absicherung in einer Treuhandinrichtung der Rechtsanwaltskammer gesetzlich angeordnet (so beispielsweise gemäß § 12 Abs 3 Z 4 BTVG) ist oder zumindest einer der Treugeber dies verlangt;

b) der Treuhanderlag (jener Teil des Treuhanderlages), der der Entrichtung von Gerichtsgebühren, Steuern oder sonstigen öffentlichen Abgaben gewidmet ist;

c) jene Geldbeträge, die im Rahmen einer Forderungsbetreibung oder Prozessführung vom Rechtsanwalt entgegengenommen werden;

d) die Entgegennahme, Verwaltung und Verteilung von Geldbeträgen im Rahmen der Tätigkeit als Insolvenz- und Masseverwalter, Zwangsverwalter, Erwachsenenvertreter oder Vermögensverwalter, einschließlich der Quotenverteilung nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens;

e) Treuhandschaften, auf deren Abwicklung im Rahmen des Statuts sämtliche Treugeber ausdrücklich und schriftlich verzichtet haben, vorausgesetzt, ihnen wurde nachweislich zur Kenntnis gebracht, dass damit die Kontrolle der Abwicklung der Treuhandschaft durch die Treuhand-Revision und ein Versicherungsschutz entfällt (Verzichtserklärung nach Beilage ./6). Nach Erstmeldung einer Treuhandschaft ist ein nachträglicher Verzicht der Treugeber auf die Abwicklung der Treuhandschaft im Rahmen des Statuts nicht mehr möglich.

6.2.3 Der Rechtsanwalt kann freiwillig den Anwendungsbereich des Statuts erweitern auf

a) Treuhandschaften mit einem Treuhanderlag unter EUR 40.000,--, auch wenn die Voraussetzungen des Punkt 6.2.2 lit a) nicht vorliegen;

b) Treuhanderläge nach Punkt 6.2.2 lit b);

Die freiwillige Einbeziehung in das Statut erfolgt durch Erstattung einer Meldung nach Punkt 9.2 dieses Statuts. Sie ist nicht mehr zulässig, wenn bei ihrer Abgabe einzelne Verpflichtungen des Rechtsanwalts nach diesem Statut (insbesondere nach Punkt 8.3) nicht mehr fristgerecht erfüllt werden können.

6.3 Zeitlicher Geltungsbereich

Das Statut ist auf alle Treuhandschaften anzuwenden, die der Rechtsanwalt ab 1.1.2019 übernimmt. Treuhandschaften, die der Rechtsanwalt vor dem 1.1.2019 übernommen hat, jedoch erst nach dem 31.12.2018 gemeldet hat, unterliegen gleichfalls diesem Statut.

6.4 Anwendungszwang

Der Rechtsanwalt, der Treuhandschaften, die in den Anwendungsbereich dieses Statuts fallen, übernimmt oder durchführt, hat diese ausschließlich nach Maßgabe dieses Statuts zu übernehmen und durchzuführen.

Dritter Abschnitt Rechte und Pflichten des Rechtsanwalts

7. Allgemeine Verpflichtungen

7.1 Eigenverantwortlichkeit

Eine von einem Rechtsanwalt übernommene Treuhandschaft muss von diesem eigenverantwortlich ausgeübt werden.

7.2 Form des Treuhandvertrages

Der Treuhandvertrag ist schriftlich mit allen Treugebern abzuschließen und hat die vom Rechtsanwalt im Rahmen der Treuhandschaft zu besorgenden Aufgaben vollständig festzulegen. Ebenso gilt das Schriftformgebot für die vom Treuhänder im Rahmen der Treuhandschaft zu erfüllenden Bedingungen, sowie für jedwede Abänderung der ursprünglichen Treuhandvereinbarung.

7.3 Wirtschaftliche Beteiligung/Verflechtung des Rechtsanwalts

7.3.1 Dem Rechtsanwalt ist die Übernahme von Bürgschaften sowie jede Darlehens- oder Kreditgewährung im Zusammenhang mit der übernommenen Treuhandschaft untersagt.

7.3.2 Für den Fall, dass der Treuhänder auf eigene oder fremde Rechnung am Unternehmen eines Treugebers eine direkte oder indirekte qualifizierte Beteiligung unter sinngemäßer Anwendung des Art 4 Abs 1 Nr. (36) der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlamentes und Rates vom 26.06.2013 hält, hat er dies den Treugebern gegenüber unverzüglich, spätestens bei Übernahme der Treuhandschaft, nachweislich offen zu legen und der Rechtsanwaltskammer zu melden [Beilage ./1]. Geht der Treuhänder nach Übernahme der Treuhandschaft aber vor gänzlicher Durchführung des Treuhandauftrages eine solche Beteiligung ein, hat er dies unverzüglich, spätestens bei Eingehen oder Übernahme der Beteiligung sämtlichen Treugebern nachweislich offenzulegen und der Rechtsanwaltskammer zu melden [Beilage ./2].

7.3.3 Treuhandschaften von Personen, die mit dem Treuhänder in häuslicher Gemeinschaft leben, sowie von Angehörigen des Treuhänders – als Angehörige gelten der Ehegatte und der eingetragene Partner des Treuhänders sowie Personen, die mit dem Treuhänder in gerader Linie oder im 2. Grad der Seitenlinie verwandt oder verschwägert sind – sind vom Treuhänder den Treugebern gegenüber unverzüglich, spätestens bei Übernahme der Treuhandschaft, nachweislich offenzulegen.

7.4 Belehrungsverpflichtung

Fällt eine Treuhandschaft unter die Bestimmungen dieses Statuts, so hat der Rechtsanwalt den Treugebern vor Annahme des Treuhandauftrages den wesentlichen Inhalt dieses Statuts zur Kenntnis zu bringen [Informationsblatt Beilage ./7] und sie darüber in Kenntnis zu setzen, dass die Treuhandschaft nach den Bestimmungen dieses Statuts abgewickelt wird. Diese Belehrungspflicht umfasst insbesondere das Bestehen und die Grenzen des Versicherungsschutzes nach dem "Fünften Abschnitt" des Statuts.

7.5 Besonderes Entgelt

Dem Rechtsanwalt ist es untersagt, wegen der oder für die Erfüllung der mit diesem Statut verbundenen Pflichten gesonderte Kosten (ausgenommen jedoch Barauslagen) zu fordern oder entgegenzunehmen. Davon unberührt ist die Berechtigung des Rechtsanwalts, für die Übernahme der Treuhandaufwicklung Honorar (insbesondere nach § 14 der Allgemeinen Honorar-Kriterien für Rechtsanwälte) zu verlangen.

7.6 Verwendung von Formblättern

Der Rechtsanwalt hat für die Erfüllung der ihn nach diesem Statut treffenden Aufzeichnungs- und Meldepflichten sowie für den schriftlichen Kontoverfüzungsauftrag ausschließlich die zu diesem Statut von der Rechtsanwaltskammer herausgegebenen Formblätter [Beilagen ./1 bis ./7] in der jeweiligen Fassung zu verwenden, soweit diese nicht durch strukturierte Meldungen im Wege der TLDZ ersetzt werden (siehe Punkt 19.).

7.7 Einbeziehung weiterer Bedingungen

Jeder Treuhandschaft betreffend Immobilientransaktionen sind nach Maßgabe der Geltung

des § 43 Abs 5 RL-BA die „Allgemeinen Bedingungen für die treuhändige Abwicklung von Immobilientransaktionen“, die zwischen dem Österreichischen Rechtsanwaltskammertag und der Bundessektion Geld-, Kredit- und Versicherungswesen am 7.2.1995 vereinbart wurden, in der jeweils geltenden Fassung zugrunde zu legen.

7.8 Elektronisches Treuhandbuch (eTHB)

7.8.1 Das elektronische Treuhandbuch ersetzt die herkömmliche Kommunikation (Post / Fax / eMail) zwischen den involvierten Parteien Rechtsanwalt, Rechtsanwaltskammer und Kreditinstitut durch eine durchgehend verschlüsselte Verbindung (TLDZ).

7.8.2. Das eTHB basiert auf einer einheitlichen, öffentlichen, strukturierten Schnittstelle, welche die Implementierung eines Treuhandmoduls in jeder Anwaltssoftware ermöglichen soll. Die jeweils verbindliche, vom Ausschuss der Rechtsanwaltskammer beschlossene Version der Schnittstelle ist auf der Website der Rechtsanwaltskammer direkt bzw. durch Verlinkung kundgemacht. Die Schnittstelle definiert die obligatorisch und optional zu meldenden Daten in strukturierter Form und ist für die Teilnahme am eTHB zwingend zu verwenden.

7.8.3 Um die Absenderidentität bei der Teilnahme am eTHB sicherzustellen, ist die Verwendung der TLDZ unter Zugrundlegung der im Punkt 7.8.2 kundgemachten Schnittstelle, in der jeweils aktuellen Version verpflichtend.

7.8.4 Der Rechtsanwalt hat dafür Sorge zu tragen, dass ihm die dafür erforderlichen Einrichtungen zur Beteiligung am Elektronischen Treuhandbuch (Punkt 7.8.3) mit der Rechtsanwaltskammer zur Verfügung stehen.

7.8.5 Die Rechtsanwaltskammer kann einem Rechtsanwalt aus besonders berücksichtigungswürdigen Gründen gestatten, die im Punkt 7.8.4 genannten Einrichtungen nicht zur Verfügung zu halten, wenn dadurch die Erfordernisse einer geordneten Abwicklung der Treuhandschaften nicht gefährdet werden. Die Ausnahmegenehmigung ist befristet zu erteilen.

7.8.6 Die Übermittlung von strukturierten Daten im Wege der TLDZ erfüllt die Verpflichtung zur schriftlichen bzw. unterschriebenen Übermittlung von Meldungen an Rechtsanwaltskammer, Rechtsanwalt und Kreditinstitut gemäß diesem Statut.

7.9 Aufbewahrungspflicht

Unterlagen betreffend übernommener Treuhandschaften sind gemäß den Bestimmungen nach § 12 RAO aufzubewahren. Maßgeblich für den Beginn des Fristenlaufes ist der Tag der Übersendung der Verzichts- oder Abschlusserklärung an die Rechtsanwaltskammer.

8. Kontoführung

8.1 Treuhandkonto

Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, gesondert für jede Treuhandschaft ein Anderkonto, auch in Form eines als Anderkonto gesondert geführten Subkontos, nach den Geschäftsbedingungen für Anderkonten der Rechtsanwälte bei einem Kreditinstitut, das öffentlicher Aufsicht unterliegt, einzurichten (im folgenden Treuhandkonto). Die Eröffnung eines Anderkontos kann

auch mittels verschlüsselter Verbindung (TLDZ) erfolgen.

Der Rechtsanwalt darf nur eine solche Kontoführung wählen, die dem Kreditinstitut die Dispositionskontrolle im Sinne des Punktes 8.3 ermöglicht.

Der Treuhanderlag ist ausschließlich in Form der Gutschrift auf dem Treuhandkonto zu verwahren. Erfolgt der Erlag des Treugutes nicht in Form einer Überweisung auf das Treuhandkonto, so hat der Rechtsanwalt Sorge zu tragen, dass der Treuhanderlag unverzüglich auf das Treuhandkonto eingezahlt wird (§ 43 Abs 1 RL-BA).

8.2 Verfügungsbeschränkungen

Dem Rechtsanwalt ist die Entgegennahme und Verwahrung des Treuhanderlages erst nach Abfertigung der Mitteilung über die Übernahme der Treuhandschaft (Erstmeldung) an die Rechtsanwaltskammer gestattet, die Verfügung erst nach Bestätigung der Registrierung durch die Rechtsanwaltskammer.

Verfügungen des Rechtsanwalts über den Treuhanderlag auf dem Treuhandkonto sind ausschließlich in Form der Überweisung zulässig. Dem Rechtsanwalt ist es ferner untersagt, Überweisungen auf sein Eigenkonto vorzusehen oder durchzuführen; als Eigenkonto in diesem Sinne gilt auch das Konto eines Regie- oder sonstigen Kanzleipartners, oder eines Gesellschafters der als Treuhänder fungierenden Rechtsanwaltsgesellschaft.

8.3 Kontoverfüzungsauftrag

8.3.1 Der Rechtsanwalt hat dafür Sorge zu tragen, dass eine Dispositionskontrolle des das Treuhandkonto führenden Kreditinstituts umgehend, spätestens aber vor der ersten Verfügung über den Treuhanderlag hergestellt wird. Er hat daher rechtzeitig den Kontoverfüzungsauftrag [Beilage /3] auszufertigen und durch sämtliche Treugeber (zum Zeichnen ihrer Zustimmung) unterfertigen zu lassen.

8.3.2 Sofern das Kreditinstitut an der TLDZ nicht teilnimmt, ist der von sämtlichen Treugebern unterfertigte Kontoverfüzungsauftrag auch vom Kreditinstitut (zum Zeichnen der Übernahme der Dispositionskontrolle) unterfertigen zu lassen. Eine Kopie des allseits unterfertigten Kontoverfüzungsauftrages ist vom Rechtsanwalt umgehend der Rechtsanwaltskammer zur Kenntnisnahme zu übermitteln (siehe Punkt 7.8.6 i.V.m. Punkt 19.).

8.3.3 Bei Teilnahme des Kreditinstitutes an der TLDZ erfolgt die Bestätigung der Übernahme der Dispositionskontrolle durch das Kreditinstitut durch Übermittlung des von sämtlichen Treugebern unterfertigten Kontoverfüzungsauftrags (gescannt oder in Kopie) an die Rechtsanwaltskammer im Wege der TLDZ.

8.3.4 Im Rahmen der Dispositionskontrolle sind Rücküberweisungen an die Erleger als auch ein Gerichtserlag gemäß § 1425 ABGB zulässig.

8.4 Kontomitteilungen

Der Rechtsanwalt hat zu veranlassen, dass sämtlichen Treugeber nach jeder Buchung auf dem Treuhandkonto ein weiterer Auszug direkt vom kontoführenden Kreditinstitut zugestellt wird.

9. Aufzeichnungs- und Meldepflichten

9.1 Treuhandverzeichnis

Der Rechtsanwalt hat alle übernommenen und dem Statut unterliegenden Treuhandschaften unter Verwendung einer fortlaufenden Nummerierung in ein zeitnah, chronologisch und fortlaufend geführtes Treuhandverzeichnis einzutragen. Das Treuhandverzeichnis hat neben den in der Erstmeldung vorgesehenen Angaben noch die Benennung des der Treuhandschaft zugrundeliegenden Grundgeschäfts und jene Angaben zu enthalten, durch die eine exakte und rasche Identifizierung des dazugehörigen Handaktes des Rechtsanwalts möglich ist. Übernommene Treuhandschaften, auf deren Abwicklung im Rahmen des Statuts sämtliche Treugeber ausdrücklich und schriftlich verzichtet haben, sind ebenfalls in dieses Treuhandverzeichnis aufzunehmen.

Der Ausschuss der Rechtsanwaltskammer kann Mindestanforderungen für den Inhalt und die Gestaltung des Treuhandverzeichnisses festlegen.

Der Revisionsbeauftragte kann für Zwecke der Revision insbesondere auch die kurzfristige Übersendung einer Kopie dieses Treuhandverzeichnisses an die Treuhand-Revision abfordern.

9.2 Erstmeldung

Jede unter das Statut fallende Treuhandschaft ist vom Rechtsanwalt zur Eintragung in das anwaltliche Treuhandbuch zu melden [Beilage ./1].

Treuhandschaften, auf deren Abwicklung im Rahmen des Statuts sämtliche Treugeber ausdrücklich und schriftlich verzichtet haben, sind unter Übermittlung der allseits unterfertigten Verzichtserklärung [Beilage ./6] sowie des allseits unterfertigten Informationsblatts [Beilage ./7] der Rechtsanwaltskammer ohne Verzug schriftlich mitzuteilen (siehe Punkt 7.8.6 i.V.m. Punkt 19.).

9.3 Änderungsmeldung

9.3.1. Änderungsmeldung der Erstmeldung: Änderungen, die meldepflichtige Daten der Erstmeldung betreffen (insbesondere Änderung des Treuhandvertrages, Treuhandvertrag, Treugeber, wirtschaftliche Beteiligung/Verflechtung des Treuhänders u.a.), sind der Rechtsanwaltskammer ohne Verzug schriftlich mitzuteilen [Beilage ./2] (siehe Punkt 7.8.6 i.V.m. Punkt 19.). Der Hinzutritt weiterer Treugeber oder der Entfall von Treugebern im Rahmen des gleichen Grundgeschäftes gilt als Änderung im Sinne dieses Punktes 9.3. Dies gilt auch für eine Gesamtrechtsnachfolge der Treugeber.

9.3.2. Änderungsmeldung des Kontoverfügungsauftrags: Änderungen der Begünstigten, der Bankverbindungen oder eine nachträgliche Bekanntgabe derselben, sind mittels Änderungsmeldung des Kontoverfügungsauftrags [Beilage ./4] der Rechtsanwaltskammer schriftlich mitzuteilen (siehe Punkt 7.8.6 i.V.m. Punkt 19.).

Änderungen der Begünstigten oder der Bankverbindungen bedürfen der schriftlichen Zustimmung sämtlicher Treugeber. Sofern nur die nachträgliche Bekanntgabe der Bankverbin-

dungen des bereits im Kontoverfügungsauftrag genannten Empfängers erfolgt, ist die Unterfertigung derselben durch den Treuhänder sowie durch jenen Treugeber ausreichend, der dem Treuhänder den Empfänger vorgibt. Die Änderungsmeldung unterliegt gleichfalls der zwingenden Dispositionskontrolle durch das Kreditinstitut unter sinngemäßer Anwendung des Punktes 8.3.

9.4 Abschlusserklärung

Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, das Ende der Durchführung der Treuhandschaft der Rechtsanwaltskammer ohne Verzug mitzuteilen [Beilage ./5] (siehe Punkt 7.8.6 i.V.m. Punkt 19.).

9.5 Berichtspflicht

Der Rechtsanwalt oder sein mittlerweiliger Substitut (ebenso der Kammerkommissär oder der an seine Stelle tretende Rechtsanwalt gemäß § 34a Abs. 5 RAO) ist im Falle des beabsichtigten Verzichtes auf die Rechtsanwaltschaft, des Erlöschens oder des Ruhens der Befugnis sowie der Streichung dazu verpflichtet, der Treuhand-Revision unaufgefordert einen schriftlichen Bericht über alle noch nicht abgeschlossenen Treuhandschaften vorzulegen. Dieser soll zumindest je den Abwicklungsstand der Treuhandschaften, Salden der Treuhandkonten und die schriftliche Zustimmung aller Treuhand-Parteien auf Übertragung der Treuhandschaften auf einen neuen Treuhänder, samt dessen Erstmeldung und Übertragung des Treuhandlages auf das Treuhandkonto des neuen Treuhänders enthalten; die Erstmeldung des neuen Treuhänders ersetzt diesfalls die Abschlusserklärung gemäß Abs. 9.4.

9.6 Wegfall der Anknüpfungspunkte für den persönlichen Anwendungsbereich

Die bestehenden Treuhandschaften müssen für den Fall des Wegfalles der Anknüpfungspunkte für den persönlichen Anwendungsbereich gemäß Punkt 6.1 (z.B. Wechsel der Kammer-Mitgliedschaft durch Übersiedlung), von ihm entweder weiterhin nach dem Treuhandstatut endabgewickelt werden, oder auf einen unter das Treuhandstatut fallenden Rechtsanwalt übertragen werden. Diesfalls kommt der Punkt 9.5 zur Anwendung.

10. Geheimnisschutz, datenschutzrechtliche Zustimmungen

10.1 Bankgeheimnis

Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, das das Treuhandkonto führende Kreditinstitut gegenüber der Treuhand-Einrichtung und den Treugebern hinsichtlich der Verfügungen über das Treuhandkonto von der Verpflichtung zur Wahrung des Bankgeheimnisses zu entbinden.

10.2 Berufsgeheimnis

Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, im Treuhandvertrag durch Auftraggeber und Treugeber eine Entbindung von der beruflichen Verschwiegenheitspflicht gegenüber der Treuhand-Einrichtung vorzusehen.

10.3 Datenschutzrechtliche Zustimmung zur elektronischen Kommunikation mit Treugebern

Die Rechtsanwaltskammer kann Korrespondenzen mit den Treugebern per eMail (auch unverschlüsselt, wenn beispielsweise die technischen Voraussetzungen bei den Treugebern nicht gegeben sind) führen, wenn

a) der Treuhänder für die Rechtsanwaltskammer die dafür erforderliche Einwilligung einge-

holt hat – die Rechtsanwaltskammer kann vom Vorliegen dieser Einwilligung ausgehen, wenn ihr eine eMail-Adresse eines Treugebers im Rahmen des eTHB bekanntgegeben wird – oder

- b) eine Hinterlegung der Korrespondenz in einer DSGVO-konformen Umgebung gewährleistet ist.

10.4 Sonstige Offenlegungspflichten

Der Rechtsanwalt hat den Prüf-, Feststellungs- und Meldepflichten gemäß §§ 8a, 8b und 8c RAO zu entsprechen.

Vierter Abschnitt Die Treuhand-Einrichtung

11. Einrichtungen

11.1 Zuordnung

Die Treuhand-Revision ist eine Einrichtung gemäß § 23 Abs. 4 RAO und fällt gemäß § 28 Abs 2 RAO in den Wirkungsbereich des Ausschusses der Rechtsanwaltskammer.

11.2 Aufbau

Die Treuhand-Revision besteht aus

- a) dem Treuhandbuch
- b) dem am Sitz der Rechtsanwaltskammer für diese Zwecke eingerichteten Hilfsapparat
- c) den Revisionsbeauftragten.

11.3 Die Revisionsbeauftragten

Die Revisionsbeauftragten stammen aus dem Stand der aktiven Rechtsanwälte der Rechtsanwaltskammer.

Die Auswahl der Revisionsbeauftragten, die Festsetzung ihrer Anzahl und die Dauer ihrer Bestellung erfolgt durch den Ausschuss der Rechtsanwaltskammer.

11.4 Gebühren

Der Ausschuss der Rechtsanwaltskammer kann beschlussmäßig Gebühren für die Verwendung des eTHB festsetzen. Diese Gebühren gelten als Barauslagen, die der Rechtsanwalt entsprechend weiterverrechnen kann.

12. Verschwiegenheitsverpflichtung

Sämtliche an der Treuhand-Einrichtung beteiligte Personen unterliegen – vorbehaltlich des letzten Absatzes dieses Punktes – der Verschwiegenheitsverpflichtung.

Die Revisionsbeauftragten haben den Ausschuss der Rechtsanwaltskammer unverzüglich über

wahrgenommene Unzulänglichkeiten bei der Abwicklung einer Treuhandschaft oder über Verletzungen der Bestimmungen dieses Statuts in Kenntnis zu setzen.

13. Organisatorische Aufgaben

13.1 Anwaltliches Treuhandbuch

Unter der Bezeichnung "Anwaltliches Treuhandbuch der Rechtsanwaltskammer" wird ein unter fortlaufender Nummerierung geführtes Register der ihr gemeldeten und unter das Statut fallenden Treuhandschaften geführt. In dieses Register werden alle in den Erst- und Änderungsmeldungen nach diesem Statut vorgesehenen Angaben eingetragen. Ferner werden die Nachweise für die Erteilung (oder Änderung) des Kontoverfügungsauftrages ohne inhaltliche Prüfung zum Register genommen.

13.2 Bestätigungen

Die Treuhand-Einrichtung ist verpflichtet, innerhalb angemessener Frist dem Rechtsanwalt, sämtlichen Treugebern und dem das Treuhandkonto führenden Kreditinstitut den Erhalt von Erst- oder Änderungsmeldungen und die Aufnahme der Treuhandschaft in das anwaltliche Treuhandbuch zu bestätigen. Diese Bestätigung gilt mit einmaligem Versand einer Mitteilung per Post oder elektronisch an die vom Treuhänder an die Treuhand-Einrichtung bekannte Adresse bewirkt.

13.3 Nichtaufnahme in das anwaltliche Treuhandbuch

Die Treuhand-Einrichtung hat die Aufnahme einer ihr gemeldeten Treuhandschaft in das anwaltliche Treuhandbuch abzulehnen, wenn

- a) die gemeldete Treuhandschaft nicht in den Anwendungsbereich des Statuts fällt oder
- b) die Meldung ein Formgebreehen aufweist, das die statutenmäßige Behandlung zu hindern geeignet ist.

Dem Rechtsanwalt, der die Meldung erstattet hat, ist jedoch vor der Ablehnung der Aufnahme unter Einräumung einer 14-tägigen Frist die Gelegenheit zur Verbesserung zu geben.

Die Ablehnung der Aufnahme in das anwaltliche Treuhandbuch erfolgt schriftlich gegenüber dem Rechtsanwalt, den in der Meldung genannten Treugebern sowie dem dort bezeichneten, das Treuhandkonto führenden Kreditinstitut.

Insoferne der Rechtsanwalt der Ansicht ist, dass die Ablehnung zu Unrecht erfolgt, steht es ihm frei, binnen 14 Tagen ab Zustellung der Ablehnung einen Antrag auf Bescheiderlassung zu stellen, über den formgerecht vom Ausschuss der Rechtsanwaltskammer entschieden wird. Für den Zeitpunkt der Zustellung im Rahmen des eTHB gilt § 89d Abs 2 GOG sinngemäß.

14. Kontrolle

14.1 Aufgaben

Die Kontrollaufgaben der Treuhand-Einrichtung bestehen in der stichprobenartigen Überwa-

chung der Pflichten des Rechtsanwalts im Zusammenhang mit der Übernahme und Durchführung von Treuhandschaften, die unter dieses Statut fallen, insbesondere durch die Kontrolle durch die Revisionsbeauftragten.

Liegen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, dass der Rechtsanwalt der Verpflichtung zur Abwicklung von Treuhandschaften über die Treuhand-Einrichtung nicht oder nicht hinreichend nachkommt, so kann bei ihm eine Überprüfung nach § 10a Abs. 5 RAO auch losgelöst von einer konkreten Treuhandschaft erfolgen. Diesfalls bezieht sich das Auskunfts- und Einsichtnahmerecht der Rechtsanwaltskammer auf alle vom Rechtsanwalt abzuwickelnden oder bereits abgewickelten Treuhandschaften im Sinne des § 10a Abs. 2 RAO.

Die Kontrolle ist von den Revisionsbeauftragten – außer bei Gefahr in Verzug – mindestens 24 Stunden vorher anzukündigen. Sie ist nur während der Kanzleiöffnungszeiten des zu überprüfenden Rechtsanwalts durchzuführen, es sei denn, es besteht der dringende Verdacht einer Pflichtverletzung oder die Überprüfung kann während der Kanzleiöffnungszeiten nicht zu Ende geführt werden.

14.2 Duldungs- und Mitwirkungspflichten des Rechtsanwalts

Der Rechtsanwalt hat die Überprüfung in seinen Kanzleiräumlichkeiten zu gestatten. Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, über alle diesem Statut unterliegenden Treuhandschaften die von den Revisionsbeauftragten gewünschten Auskünfte zu erteilen. Er hat ihnen Einsicht in alle die Treuhandschaft betreffenden Unterlagen, insbesondere in das von ihm geführte Treuhandverzeichnis, die (elektronischen) Handakte, den Kontoeröffnungsantrag, die Erstmeldung, den Kontoverfügungsauftrag, die Abschlussmeldung und alle Bankbelege der Treuhandkonten zu gewähren und über Verlangen unentgeltlich Kopien davon anzufertigen und zu übergeben.

Die Überprüfung kann auch durch das Verlangen der Übersendung von Kopien der bezeichneten Unterlagen an die Treuhand-Einrichtung erfolgen.

Der Rechtsanwalt hat dafür Sorge zu tragen, dass seine Offenlegungs- und Mitwirkungspflichten auch dann erfüllt werden, wenn er persönlich an der Anwesenheit verhindert ist.

Fünfter Abschnitt Versicherung

15. Vertrauensschadenversicherung der Rechtsanwaltskammer

Die Rechtsanwaltskammer hat zur Sicherung der Treuhandabwicklung nach diesem Statut eine Vertrauensschadenversicherung zur Sicherung der Rechte der Treugeber am Treuhandlerlag (§ 23 Abs. 4 RAO) abzuschließen.

Der Versicherungsschutz

Die Rechtsanwaltskammer wird zur Sicherung der Treuhandabwicklung nach diesem Statut eine Vertrauensschadenversicherung gegen jene Schäden abschließen, die infolge vorsätzlich

unerlaubter Verfügung über den im Rahmen der Treuhanderschaft anvertrauten Treuhanderlag einem Klienten zugefügt werden. Der Versicherungsschutz unterliegt den in der jeweiligen Polizzenfassung dargestellten, insbesondere persönlichen, zeitlichen und räumlichen Beschränkungen.

16. Versicherungsprämie

Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, Beiträge zur Aufbringung der Prämien der von der Rechtsanwaltskammer zur Sicherung der Rechte der Treugeber am Treuhanderlag abzuschließenden Versicherung (§ 23 Abs. 4 RAO) zu leisten, wobei die Beiträge unabhängig von der Anzahl der vom einzelnen Rechtsanwalt über die Treuhand-Einrichtung abgewickelten Treuhanderschaften für alle Kammermitglieder aus dem Kreis der Rechtsanwälte gleich hoch zu bemessen ist.

17. Informationspflichten der Rechtsanwaltskammer

Die Treuhand-Einrichtung ist verpflichtet, jedem Treugeber gegenüber Auskunft zu geben, ob und auf welche Weise die ihn betreffende Treuhanderschaft bei der Treuhand-Einrichtung gesichert ist und in welcher Weise dafür Versicherungsschutz besteht [Informationsblatt Beilage ./7].

18. Versicherungsleistungen

Weder dem Geschädigten noch dem versicherten Rechtsanwalt steht ein Anspruch auf Versicherungsleistung aus der Vertrauensschadenversicherung zu. Über die Zuerkennung eines Betrages aus dieser Versicherung entscheidet der Ausschuss der Rechtsanwaltskammer, der berechtigt ist, bei dieser Entscheidung auf die Begrenzung der Versicherungssumme und mögliche weitere Schadensfälle angemessen Bedacht zu nehmen, mit Beschluss.

Sechster Abschnitt elektronisches Treuhandbuch – Ermächtigung und Beilagen, Inkrafttreten, Übergangsbestimmung

19. Vorschriften zum eTHB, Beilagen

Der Ausschuss der Rechtsanwaltskammer ist insbesondere ermächtigt,

- a) Vorschriften zur Durchführung von Treuhanderschaften gemäß diesem Statut zu erlassen oder abzuändern;
- b) Beilagen zu diesem Statut festzulegen und abzuändern;
- c) Vorschriften zur Abwicklung von Treuhanderschaften im Wege des elektronischen Treuhandbuches (Schnittstelle) zu erlassen;
- d) den Beginn eines Probe- bzw. Testbetriebes des eTHB und den Anwendungszwang der elektronischen Abwicklung festzusetzen;
- e) Regelungen zur Teilnahme der Kreditinstitute an der TLDZ zu treffen;
- f) Gebühren für die Abwicklung der Treuhanderschaften festzusetzen.

Die Verwendung und Übermittlung der Beilagen ./1, ./2 und ./5 laut nachstehendem Beila-

genverzeichnis entfällt bei strukturierter Übermittlung dieser Meldungen im Wege der TLDZ.

20. Inkrafttreten

Dieses Statut der Treuhand-Einrichtung der Rechtsanwaltskammer, welches auf der Website der Rechtsanwaltskammer kundzumachen ist, tritt mit 01.01.2019 in Kraft.

21. Übergangsbestimmung

Für Treuhandschaften, die vor dem 01.01.2019 übernommen und gemeldet wurden, gelten die Regelungen des davor beschlossenen Statuts der Treuhand-Einrichtung der Rechtsanwaltskammer.

Beilagenverzeichnis zum eTHB 2019

Beilage ./1 – Erstmeldung

Beilage ./2 – Änderungsmeldung

Beilage ./3 – Kontoverfügungsauftrag

Beilage ./4 – Änderung des Kontoverfügungsauftrages

Beilage ./5 – Abschlusserklärung des Treuhänders

Beilage ./6 – Verzichtserklärung gemäß § 10a Abs 3 RAO

Beilage ./7 – Informationsblatt eTHB 2019

Beschluss der Plenarversammlung vom 18.10.2018. Kundgemacht auf der Website <https://www.raknoe.at> der Rechtsanwaltskammer Niederösterreich am 22.10.2018.